

Konstituierende Nationalversammlung. — 57. Sitzung am 28. Jänner 1920.

262/I

K. N. V.

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Dinghofer, Kröhl und Genossen an die
Gesamtregierung, betreffend die Wahrung des Koalitionsrechtes.

In letzter Zeit mehren sich wiederum die Fälle terroristischer Vergewaltigung Angehöriger anderer Parteien und Gewerkschaften durch Mitglieder sozialdemokratischer Organisationen. So wurden am 5. d. M. mehrere langjährige Beamte der Lederfabriken Adler und Ploberger in Wels unter dem Drucke sozialdemokratischer Arbeitermassen einzig aus dem Grunde sofort entlassen, weil sie ihrer Überzeugung gemäß aus der sozialdemokratischen Gewerkschaft austraten, beziehungsweise anders gerichteten Gewerkschaften angehörten.

Der Staatskanzler hat am 23. Oktober 1919 in der Nationalversammlung erklärt, daß die Regierung jedem Staatsbürger die Freiheit der politischen Gesinnung und ihre Betätigung gewährleistet. Unter Hinweis auf die Vorkommnisse in Wels und anderen Orten richten die Unterzeichneten daher an die Regierung die Anfragen:

„1. Ist die Regierung bereit, dem Hause raschestens einen Gesetzentwurf vor-

zulegen, nach dem Koalitionsfreiheit und Koalitionsrecht in vollem Umfange gesichert werden, wie dies in der tschechoslowakischen Republik bereits geschehen ist?

2. Was gedenkt die Regierung zu unternehmen, den Opfern der bisherigen Terrorfälle volle Genugtuung zu verschaffen, ihr Verbleiben im Betriebe zu sichern und die Vergewaltiger der gerechten Bestrafung zuzuführen?

3. Ist die Regierung bereit, auf die der sozialdemokratischen Partei angehörigen politischen und beruflichen Organisationen dahin einzuwirken, daß deren Leitung ihre Mitglieder anweist, die Freiheit der Überzeugung und die Freiheit des Vereinigungsrechtes nichtsozialdemokratisch gesinnter Arbeitnehmer anzuerkennen?“

Wien, 28. Jänner 1920.

E. Kraft.
Waber.
Müller-Guttenbrunn.
Rittinger.
Leopold Stocker.
Dr. Ursin.
Schürff.

Dr. Dinghofer.
Kröhl.
Dr. Viktor Butte.
Schöchtner.
Birchbauer.
Alois Dengg.
Thanner.